

Posener Zeitung.

Nr. 11.

Sonntag den 13. Januar.

1850.

Inhalt.

Deutschland. Posen (d. Königl. Botschaft); Berlin (Disput. de morbo democ. u. Verfass. Bank f. Stadt. Grundbes.; d. Enblocannahme d. Verf.; Feuerkass. Beitr.; Waldeck f. d. Erf. Wahl; telegr. Centralbureau; Diebstahlsunters.); Hirschberg (Freie Gemeinde); Küstrin (Ueberschwemm.); Düsseldorf (Schließung demokr. Wirthsch.); Hensburg (Ausweis; d. Schweden); Hannover; Karlsruhe (d. Wahlen; Brentano); Stuttgart (Stimmung f. d. Bundesst.); Oesterreich. Wien (Einwohnerzählung); Pesth. Frankreich. Paris (Nat. Verf.; La Plata-Angel.; Dupin's Minister. d. Präsidentschaft; minist. Manifest). England. London (Neues Wahlges.). Schweiz. Zürich (d. Poln. Flücht.). Schweden u. Norwegen. Stockholm (Unzufriedenheit). Italien. Florenz (Verschwörung). Spanien. Madrid (Earl's. Pläne). Vermischtes. Lokales Posen; Schildberg; Aus d. Schildb. Kr.; Bromberg. Anzeigen.

Deutschland.

Die Königl. Botschaft vom 7. Januar mit den 15 Propositionen. (Vergleiche Zeitung Nr. 9 und 10.)

Die wahrhaft constitutionell gesinnte Partei — wir rechnen uns mit Stolz zu derselben und halten sie für die zahlreichste im Lande — sieht mit ängstlicher Spannung der Aufnahme entgegen, welche dieses bedeutsame Dokument bei der Volksvertretung finden wird. Fern sei es von uns, schon jetzt die Besorgnisse zu theilen oder gar zu erhöhen, welche an diese Königl. Propositionen von den Verfeindeten geknüpft werden, indem diese nicht geringe Misstrauenspartei in denselben eine Abneigung der Krone erblickt, das Verfassungs- und Oetopirungsgesetz unterlegt. Eben so fern sei es aber auch von uns, in den Jubel der Optimisten einzustimmen, die, wie die D. Ref., das offizielle ministerielle Organ, (in Nr. 693) nicht Lobens genug von dieser Königl. Willensäußerung machen kann. Sie findet in derselben die Zustimmung zu allen Veränderungen, welche die Kammern an der ursprünglichen oetopirten Verfassung beantragen haben; dies mag sein, ist aber sehr wenig, denn die Kammerverhandlungen haben uns gezeigt, daß die Volksvertretung, des langen Haders mit der Regierung überdrüssig, sich bereit hat, auf jeden von dem Ministerium gemachten Vorschlag willig einzugehen und auf dessen leiseste Wünsche zu lauschen. Die D. Ref. findet ferner, daß die Königl. Botschaft über das weit hinaus geht, was man von den Eröffnungen der Regierung in Bezug auf die Revision erwarten zu dürfen glaubte, daß das Ministerium beim Revisionsprozeß eine viel zu passive Rolle gespielt hat; wir und die ganze constitutionelle Partei haben das Ministerium dabei activ genug gefunden. Uns scheint daher der Rath der D. Ref. an die Kammern, den sie zum Schluß ihres lobpreisenden Artikels giebt, mindestens überflüssig. Derselbe lautet wörtlich wie folgt:

An die Kammern aber wollen wir unsererseits die dringende Mahnung ergeben lassen, bei der Berathung der neuen Propositionen jede andere Rücksicht, sei es auf Parteien, sei es auf das vermeintliche Interesse ihrer eigenen Consequenz, zurückzudrängen vor dem ungetrübten Interesse der endlichen Befestigung unserer inneren Zustände. Wenn die Propositionen abgewiesen werden, so ist schwer vorauszu- sehen, welche neuen vielleicht unwirkbaren Entwicklungen daraus entstehen können. Wir wissen, daß manche Vertreter im Verlaufe der Revision schon bedeutende Opfer von ihren politischen Neigungen gebracht haben, um nur das Werk der Verständigung nicht ohne Nothwendigkeit aufs Spiel zu setzen; wir rechnen auf den Patriotismus aller Fraktionen, um das Werk jetzt nicht scheitern zu lassen, nachdem es so nahe an den Hafen gebracht ist. In die Hand der Kammern ist es jetzt gelegt, daß die Verfassung in möglichst vervollkommener und endgültiger Form bald zur eidlischen Betätigung durch die Staatsgewalten gelange. Möge Jeder das Seinige thun, damit der Zeitpunkt nicht von Neuem hinausgeschoben werde.

Derselbe enthält endlich nur eine Paraphrase des letzten Satzes der Königl. Botschaft: „Wir vertrauen, daß es auch hier nicht um einseitiges Abdingen, sondern darum sich handeln werde, in gemeinamem Streben das Glück und den Ruhm unseres Vaterlandes in dieser bewegten Zeit zu befestigen.“ Zum letzten Wunsch sprechen wir freudig „Amen“; was aber das Abdingen betrifft, so scheint uns die Botschaft darin die Initiative zu ergreifen und können wir nicht umhin, unsern Vertretern, denen wir selbst das „ängstliche Markte“ mit der Krone abgerathen haben, jetzt Festigkeit und Haltung zu empfehlen. Unserer Meinung nach haben sie gethan, was sich ihrerseits thun ließ, wenn sie nicht ihre Committenten täuschen wollten. Die Nachgiebigkeit in politischen Dingen muß aber ihre Grenzen haben und wird sie hoffentlich in unsern Kammern finden, damit dieselben nicht der Junker-Partei und der triumphirenden Kreuzzeitung, welche offenbar ihre Hand im Spiele hat, erliegen. Wir unseres Theils schließen uns vorläufig der Ansicht der constitutionellen Zeitung an, welche (in Nr. 16.) sich dahin vernehmen läßt:

„Die Königl. Botschaft über die Verfassungsrevision hat selbst in streng conservativen Kreisen eine ungemeine Sensation hervorgerufen. Man war peinlich überrascht, am Ende einer langen Revisionsarbeit welcher die Minister stets angewohnt, an der sie sich betheiligten, wobei so Vieles im Interesse der Krone abgeändert worden, nun noch eine ganze Reihe neuer Ansinnen vor sich zu sehen. Ja sogar Propositionen, gegen die sich die Kammer mit der überwältigenden Stimmenmehrheit ausgesprochen hatte. Man brachte das mit den Gerüchten in Verbindung, welche in der letzten Zeit im Umlauf waren, und sah demnach in den neuen Vorschlägen die Bedingungen, unter denen allein die revidirte Verfassung angenommen und beschworen werden würde. Wir können diese Besorgnisse nicht theilen. Die Königl.

Botschaft besagt ausdrücklich, daß Se. Majestät Willens sei, den vorgeschlagenen (von den Kammern beschlossenen) Abänderungen die Königl. Zustimmung zu ertheilen; noch einige andere Abänderungen und Ergänzungen nöthig erschienen; höchstenfalls die Hoffnung nicht aufgegeben werden möge, Grundsätze für die Bildung der ersten Kammer zu vereinbaren; deshalb Vorschläge in diesem Sinne den Kammern zur Entschliebung zugehen; um alsdann (also nach gefasster Entschliebung der Kammern) die Bestimmung wegen der vorbehaltenen Eidesleistung zur Ausführung zu bringen.

Zugleich wird der Wunsch des Königs ausgesprochen, den Moment zu beschleunigen, wo das Verfassungs- und Oetopirungsgesetz in Kraft werde, und mit Bezugnahme auf die Heiligkeit des von Sr. Majestät abzulegenden eidlischen Gelöbnisses die Zuversicht ausgesprochen, Stände würden in den nachfolgenden Propositionen einen Beweis der Königl. Gewissenhaftigkeit erkennen und würdigen.

Das heißt, unseres Erachtens, mit vollkommener Deutlichkeit: Die bereits von den Kammern beschlossenen Änderungen dürfen auf die Königl. Sanction rechnen. Ehe das aber geschehe, wolle noch versucht werden, einigen neuen Änderungen und Zusätzen, besonders wegen der Bildung der ersten Kammer, die Zustimmung der Stände zu verschaffen. Wenn dadurch auch der Abschluß der Verfassung um kurze Zeit verzögert werde und die Propositionen allerdings ein wenig spät nachkommen, so sei dies eines Theils um jeden Gewissenszweifel, daß nicht Alles geschehen sei, was in dieser Richtung thunlich und ausführbar, zu beseitigen, andern Theils aber ein Zeugniß, wie streng und gewissenhaft der König den Verfassungs- und Oetopirungsgesetz zur Ausführung gebracht werde, sobald die Entschliebungen der Kammern über die Königl. Propositionen gefast worden, halten wolle und werde. Es ist also kein Ultimatum, es wird die Annahme der neuen Vorschläge nicht zur *conditio sine qua non* für den Abschluß der Verfassung gemacht. Die Sanction für die bereits gefassten Beschlüsse wird zugesagt, die Eidesleistung für die Zeit in Aussicht gestellt, wenn die Kammern über gegenwärtige Propositionen Beschluß gefast haben, ja sogar die nachträgliche Einbringung derselben mit inneren Motiven gerechtfertigt. Wir sehen in all' dem nichts, was so sehr beunruhigen, so gewaltig alarmiren könnte. Es sind Vorschläge, wie andere auch; die Entschliebungen darüber sind vollkommen frei, und zuletzt muß dem Gouvernement mindestens eben so viel daran liegen, wie den Kammern, daß die Verfassung vom 5. December 1848 nicht unrevidirt als Landesgesetz fortbestehe.“

Täuschen wir uns mit ihr, so bedauern wir nicht nur uns, und unsere Partei, sondern das constitutionelle Princip, und zugleich das Land, welche beide wir im höchsten Grade durch diese neue Oetopirung (wir finden keinen andern Ausdruck für die Propositionen) gefährdet sein würden. „Wer Augen hat zu sehen, der sehe.“

2 Berlin, den 10. Januar. Gewiß ist auch bis nach Posen das Gerücht von einer hier stattfinden sollenden Disputation über das Thema: de morbo democratico gedrungen. Hier sind dadurch mehrmals und erst vorgestern wieder sehr viele Leute in Bewegung gesetzt und in die hohen Hallen der Alma mater getrieben worden; auch solche, die sich wohl sonst dort nicht zu zeigen pflegen. Freilich ist ihre Mühe vergeblich gewesen, der junge, der medizinischen Fakultät angehörende Doctorandus hat wohl auf besten Rath sein etwas gewagtes Unternehmen aufgegeben. Es ist ein Sohn des Abgeordneten Groddach, der der Demokratie die Ehre dieser Herausforderung hat anthun wollen; nun, an *opponentibus ex corona* würde es ihm nicht gefehlt haben, denn, wie anzunehmen, folgen mehrere seiner Commilitonen einer anderen politischen Richtung. — Inzwischen kommen im Schooße der demokratischen Partei wirklich merkwürdige Erscheinungen vor. Wenn man umgehenden Gerüchten glauben darf, so haben sich die hiesigen Führer derselben mit denen aller anderen Länder in Verbindung gesetzt. Die erste Frage, welche sie auf diese Weise verhandelt haben, betrifft die Wahl zum Erfurter Tage. Merkwürdig genug haben sich die Mitglieder der linken Seite der Bayerischen, Württembergischen und Sächsischen Kammern, also dreier Länder, welche vom Dreikönigsbunde nichts wissen wollen, für eine Betheiligung der Preussischen Demokraten bei der Wahl entschieden, während aus Nassau, Hamburg und einigen andern Staaten, die noch zum Bunde gehören, entgegengesetzte Gutachten eingelaufen sind. Eine ganz eigenthümliche und wunderbare Erscheinung; diejenigen, welche den Erfurter Tag gar nicht zu beschiden denken, sprechen für die Wahl, diejenigen, von deren Landesgenossen er beschidit werden wird, sind dagegen! Alles — wie die demokratischen Organe sagen — nach reiflicher Erwägung!

Berlin, den 10. Januar. (Berl. N.) Die Frage wegen der Enbloc-Annahme der Bundesverfassung beschäftigt die parlamentarischen und ministeriellen Kreise noch immer. Die constitutionelle Partei, welche bisher die Enbloc-Annahme vorzugsweise verfocht, beabsichtigt die Frage nochmals in Ueberlegung zu ziehen, und dann einen für die Partei maßgebenden Beschluß zu fassen. Heute tritt eine große Versammlung zusammen, die, von „conservativer“ Seite berufen, ebenfalls jene Fragen discutiren wird. — Die Regierung ist gegen eine Annahme der Verfassung en bloc und hat sich deshalb durch einzelne Mitglieder mit der constitutionell-liberalen Partei in Verhandlungen eingelassen, die jedoch privativer Natur sind. — Dem „Annahme en bloc“ Banner gegenüber, hat sich im anderen Lager ein Banner entfaltet, welches als Lösungswort trägt: „Sofortige Anerkennung des Verfassungsentwurfes, unverzügliche Revision der Hauptpunkte desselben, so wie der Modificationen der Regierung.“ Da, wie man hört, das Preussische Ministerium zur baldigen Herstellung des Bundesstaates mit diesem Lösungswort einverstanden ist, so dürfte es kaum zweifelhaft sein, welches von den beiden Bannern zum Siege führen wird. — Reisende, die aus den Rheinprovinzen und Süddeutschland

zurückkommen, so wie Personen, welche mit den Staatsmännern daselbst in genauester Beziehung stehen, unterrichten uns, daß überall, und namentlich in den kleineren Deutschen Staaten, sich eine entschiedene Majorität für die Annahme der Reichsverfassung en bloc zu Erfurt herausstelle. — Viele einflußreiche Deputirte, unter anderen Herr Camphausen, sind von ihren Ferienreisen noch nicht zurückgekehrt, so daß es heute noch unmöglich ist, über das Schicksal der gestrigen Vorlagen der Regierung in den Kammern etwas Bestimmtes vorherzusagen. — Das hiesige Comité der vereinigten Stromschiffer hat eine Ansprache an das schiffahrttreibende Publikum erlassen, in welcher es auf die Wichtigkeit der Wahlen nach Erfurt aufmerksam macht, da der dort vorzuliegende Verfassungs-Entwurf des Deutschen Reiches den fortwährend kundgegebenen Wünschen der Schiffer in hohem Grade entspreche. Das Comité bittet daher, bei den Wahlen dahin wirken zu wollen, daß nur solche Wahlmänner zu Deputirten gewählt werden, welche den Verfassungs-Entwurf, ohne zeitraubende Berathungen, im Ganzen annehmen, die späteren Verbesserungen aber einem künftigen Reichstage überlassen. — Ueber die gegenwärtige Lage des Ohm'schen Prozeßes theilt die Allg. Ger.-Z. mit, daß derselbe noch in der Voruntersuchung schwebt, an eine nahe bevorstehende Entscheidung also noch nicht zu denken sei. — Es verdient Erwähnung, daß der Director des olympischen Circus, Herr Renz, dem Baumeister seines Circus, welcher contractlich schon am 22. v. M. vollendet sein sollte, die bedeutenden Conventions-Strafgelder erlassen hat. Die Gesellschaft des Herrn Renz besteht aus 60 Personen und führt 50 Pferde und 2 Elephanten mit sich.

— (Const. Z.) Die jetzt so schwer gebrückten Hausbesitzer Berlins wird die Nachricht erfreuen, daß ihr Beitrag zu der städtischen auf Gegenseitigkeit gegründeten Feuerkasse für das Verwaltungsjahr von 1848 — 1849 nur den unglaublich geringen Satz von 8 Pfennig pro 100 Thlr. beträgt, wobei noch ein Reservefonds von circa 5000 Thlrn. erübrigt wird. Im Jahre 1847 — 1848 hatte der Beitrag die außerordentliche Höhe von 3 Sgr. 8 Pf. pro Cent, als Folge des bekanntlich sehr bedeutend auslaufenden Brandes der Königl. Eisengießerei in in der Revolutionsnacht vom 18. zum 19. März. — Die Vossische Zeitung berichtet, es verlange, der Oetribunalsrath Waldeck habe sich gegen seine politischen Freunde mit Entschiedenheit für eine Theilnahme an den Erfurter Wahlen ausgesprochen. Wie uns von anderer Seite berichtet wird, steht in Betreff dieser Frage überhaupt eine Spaltung der demokratischen Partei bevor, da die Anhänger derselben nicht in demselben Maße mit der Nichttheilnahme einverstanden sind, wie die Führer. — Durch die anhaltenden Bemühungen unserer Regierung wird endlich die Telegraphen-Verbindung nach Frankfurt durch Belgien dergestalt in's Werk gesetzt werden, daß die Correspondenzen direct von Berlin nicht nur nach Paris, sondern auch mittelst des Telegraphen von Calais über Dover nach London befördert werden können. Die Unterhandlungen, welche mit der Belgischen Regierung deshalb angeknüpft sind, versprechen ein gesichertes Resultat. — Der gegenwärtige Polizei-Inspector ad int. Hr. Simon hat in der vorigen Nacht in dem hiesigen Königsviertel eine Diebstahlsperle (sogenannte Perle) aufgehoben, welche in den Geheimnissen unserer Residenz ihres Gleichen sucht. In einem Raume welcher kaum 12 Fuß lang und 12 Fuß breit ist, lagen 18 Kerle, theils auf Stroh, theils in Betten zusammengepackt. Ein eiserner, in dem Lokal befindlicher Ofen verbreitete eine so unerträgliche Hitze, daß die meisten dieser Schlafgenossen völlig nackt lagen. Außerdem lagen noch in einigen Winkeln desselben Hauses und auf Brettern, welche in dem oben beschriebenen Lokal in Strichen, wie Hängematten, herabgingen, 9 Kerle versteckt, so daß sich die Zahl dieser sämtlichen Schlafburken auf 27 belief, unter denen viele bestrafte Personen waren und von denen nur 10 gemeldet sind. Es wurden daher 18 Verhaftungen vorgenommen. Die Bewohner dieses mysteriösen Lokals waren mit dem Licht und Feuer so unvorsichtig umgegangen, daß beim Eintritt der Beamten von der Zugluft am Ofen ein Schlachtruch in Brand gerieth und daß man auf den Dielen des Bodens einen Lichtstummel fand, der dort ohne irgend eine Umhüllung im Abbrennen begriffen war. Das gewöhnliche Schlafgeld in dieser Spelunke betrug nebst Licht und Heizung 7 Dreier.

Vor einigen Tagen hatte, wie die Vossische Zeitung berichtet, ein Mitglied des häufig erwähnten Comité's zur Errichtung einer Nationalversicherungsbank für den städtischen Grundbesitz beim Finanzminister v. Rabe eine längere Audienz. Das Ergebnis derselben kann als ein Definitivum der Regierungsansicht jenem Institut gegenüber betrachtet werden. Der Finanzminister verwies das Comité, so wie die bereits dabei betheiligten Grundbesitzer zur weiteren Verfolgung des Projekts an die städtische Behörde, welche die nöthigen Fonds zu bewilligen und die Einsetzung des Verwaltungspersonals zu bewirken habe. Eine Ausdehnung des Instituts über Berlin und dessen nächsten Umkreis hinaus hielt der Minister für unstatthaft, indem es jeder Stadt überlassen bleiben müsse, ein solches Versicherungsinstitut für ihr eigenes Interesse und abgeordnet von denselben Instituten anderer Städte zu errichten. Dabei deutete der Minister an, daß wahrscheinlich aber auch eine solche Institution erst ein vorausgängiges, durch die Kammern zu beratendes Gesetz erforderlich machen werde. Was die Verzettlung der Hypotheken durch sogenannte Hypotheken-Depositenbank angehe, zum Zwecke erstere flüssig zu machen und ihnen dadurch die Kapitalien mehr zuzuwenden, so könne dies nur durch ein besonderes, von den Kammern genehmigtes Gesetz gestattet werden. Schließlich erwiderte der Minister auf die Anfrage, ob gegen Errichtung der National-Versicherungsbank durch eine einfache Association der Grundbesitzer Seitens der Regierung vorgezogen werden würde? daß dies nach Lage der Gesetzgebung nicht geschehen werde. — Wir erfahren weiter, daß das Staatsministerium unlängst auch an die in derselben Sache oft genannten Herren Kuser und Achilles ausführliche Bescheide erlassen hat, worin es eine Genehmigung gedachter oder ähnlicher Institute lediglich von einer vorherigen, durch die Kammern zu beratenden Gesetzgebung abhängig macht,

welche jedoch gegenwärtig wegen anderer wichtigerer Fragen noch nicht erfolgen könne.

— (Const. Ztg.) Unter allen in Preußen erscheinenden periodischen Zeitschriften hat sicherlich die Gesessammlung die größte Auflage, indem sie in 35,200 Exemplaren abgezogen wird, wovon etwa 1000 Exemplare in Berlin debitiert werden, die anderen also in die Provinzen des Landes gehen. Anführerwerth ist übrigens, wie sehr geringe Theilnahme die stenographischen Kammerberichte gegenwärtig finden. Zur Zeit der ersten preussischen National-Versammlung mußten Separatabdrücke gemacht werden, um nur allen Anforderungen zu genügen; auch bei den ersten preussischen Kammern war die Nachfrage noch sehr groß.

Vor einigen Tagen ist eine nicht unbeträchtliche Anzahl der älteren aggregierten Officiere verabschiedet worden, weil überhaupt die Aggregation von Officiern fortan, der Kostenersparniß halber, nur in ganz unerlässlichen Fällen und stets bloß nicht auf geraume Zeit stattfinden soll. — Die Neue Preussische Zeitung gab gestern als Gerücht, daß der Dichter des auch in diesen Blättern besprochenen Dramas: der Genius und die Gesellschaft, Herr Gottschall, zur Zeit Dramaturg des Königsberger Theaters, sei. Was wir davon gehört haben, beläuft sich ungefähr darauf, daß eine Dame, Elise Schmidt, sich schon vor Aussprechung aller jener Zeitungsblätter, der Autorschaft eines so benannten Stückes gerühmt habe. Uebrigens versichern parteilose, urtheilsfähige Leser, daß jenes Stück, weder ganz gut, noch ganz schlecht, sondern ein ziemlich mittelmäßiges Schauspiel sei, das rüftig auf Theatereffekte losgehe und ohne tiefere Motivierung wohl geeignet sei, einmal hübschengewandte Schauspieler in dankbaren Rollen zu beschäftigen, andererseits eine Zeit lang das schaulustige größere Publikum angenehm zu unterhalten. — Die innere Einrichtung des Telegraphen-Centralbureaus in dem General-Postgebäude ist bereits vollständig fertig und nur das Frostwetter ist den Arbeitern bei der Leitung der Drähte von den Bahnhöfen aus hinderlich und verzögert die Eröffnung des Bureaus. Die Beförderung der Depeschen, welche jetzt durch die weite Entfernung der Bahnhöfe sehr erschwert ist, wird wesentlich erleichtert und nicht ohne günstigen Einfluß auf die Benutzung der Privatdepeschen sein. Es kommt besonders dabei der Zeitaufwand in Anschlag, denn während die Depeschen, von den verschiedenen Bahnhöfen in der Regel erst 2 oft auch 1 Stunde nach Eingang dem Empfänger zugehen, werden nach Eröffnung des Central-Bureaus, welches mit den entferntesten Orten in Correspondenz steht, vielleicht 15 Minuten zur Beförderung hinreichen. Für die Börse ist der Zeitunterschied sehr erheblich, zumal wenn Rücksicht darauf genommen werden sollte, daß dem Abfender einer Depesche gestattet ist, die Antwort auf seine Anzeige an Ort und Stelle abwarten zu können, was, unserem Gerichten nach, leicht zu veranlassen sein wird. Bei dieser Gelegenheit glauben wir, daß eine Ermäßigung im Tarif wesentlich dazu beitragen wird, die Einnahmen beträchtlich zu steigern.

Hirschberg, den 6. Januar. Auf dem hiesigen Kreisgericht herrschte gestern um 11 Uhr ein außerordentlich reges Leben. Einige neunzig Mitglieder der freien Gemeinde erklärten nehmlich gestern, vor dem hiesigen Kreisgericht, ihren Austritt aus ihrer bisherigen Kirche und ließen sich deshalb zu Protokoll vernehmen, welches von Allen, weiblichen und männlichen Geschlechts von 14 Jahren an, unterzeichnet wurde. In vier Wochen haben sämtliche Mitglieder die gestern gemachte Erklärung vor demselben Gericht zu wiederholen. Die hiesige freie Gemeinde ist die erste in Schlesien, welche sich unter das Patent bezieht. (Berl. Nachr.)

Küstrin, den 5. Januar. (Const. Ztg.) Am 20. fand ich zuerst im Vorfluth-Kanal das Wasser ungewöhnlich hoch, dieses so wie die Oder mit Eisschollen bedeckt und legere vor den Eisböden hoch aufgethürmt. Vor der Kanal-Brücke lag ein leerer Oder-Kahn quer vor, der aus der Oder auf die Eisbrecher getrieben und in der Mitte geborsten war. Im Festungsgraben waren die im Winterhafen liegenden Oder-Kähne von der Fluth und dem Rückstau auf die Festungsbrücke am Berliner Thor gerieben, wodurch das Geländer nach der Oberseite zertrümmert war. Das Wasser war an diesem Tage in wenigen Stunden von 4' 7" auf 9' 1" gestiegen. Mittlerweile war der Eisgang zum Stehen gekommen, indem das Eis unterhalb Küstrin, bei Neu-Bleyen, da wo die Warthe in die Oder fällt, sich gesetzt hatte. Dort ist eine förmliche Eisstopfung in der Oder entstanden, deren Beseitigung durch künstliche Mittel rein unmöglich zu sein scheint. Die Gefahr vermehrte sich, als das Wasser immer höher stieg. Auf dem städtischen Holzhoofen waren schon für mehrere hundert Thaler Steinhöfen, die im Freien lagen, fortgetrieben, auch ein Theil des aufgestapelten Holzes war von der Fluth umgerissen und fortgeschwemmt, da das Wasser mit aller Macht über den Gehren in die Warthe sich ergoß, die am 20. 5' 7" niedriger stand, als die Oder, und ihre Eisbede noch hatte. Später kam Wasser von Breslau dazu, weil die Oder oberwärts gleichfalls gestiegen war und so haben wir bis zum Tage nach Neujahr in der größten Angst und Besorgniß geschwebt. Die Brücken über die Festungsgraben, rasch mit großen Steinen besetzt, haben unter Wasser gestanden und nur auf Stegen konnte man in die Stadt kommen. Das Wasser stand bis in die Stadt hinein am Berliner Thor, auf 30 Schritt, der bedeckte Weg um die Festung war theilweise unter Wasser gesetzt; über den Holzhoof und über die Passage dahin ging eine rapide Fluth Wasser. Am meisten war für die Sonnenburger Chaussee und besonders für die lange Vorstadt an der Kuhbrücke zu fürchten. Mit großer Anstrengung ist die Kette, welche von beiden Seiten, vom Vorfluth-Kanal und von der Oder her, der Ueberschwemmung ausgesetzt war, erhalten, obgleich die Häuser nach der Oberseite zu größtentheils schon Wasser auf ihren Höfen, selbst schon in den Stuben gehabt haben. Leider aber hat der Sonnenburger Chaussee-Damm dem Druck des vorliegenden und an vielen Stellen seit zwei Tagen schon überflutenden Wassers — die Chaussee liegt 1 1/2 Fuß am Waas — nicht widerstehen können. Der Damm ist am 2. d. früh an einer Stelle jenseits des großen Seils — der dortige Pegel zeigte schon am 1. d. 14' 9" Wasserhöhe — 2 Meile von der Stadt durchbrochen, und das Wasser stürzt seitdem durchschnittlich auf einer Breite von 12 Ruthen ins Barthehal. Außerdem sind durch das Ueberfließen an mehreren Stellen des Damms große Einrisse geschehen. — Glücklicherweise fällt das Wasser in der Oder. Es steht heute 10 Fuß 5 Zoll am Pegel der Brücke und die Gefahr ist dadurch vorläufig beseitigt. Seitens der Wege- und Wasserbau-Verwaltung sind sofort die nöthigen Anstalten getroffen, um die Couverture des Durchbruchs bald möglichst zu bewerkstelligen. Es sind von dem Regierungsrath Philipp die umfassendsten Anordnungen getroffen, damit der Damm schleunigst wieder hergestellt werde. Die Passage ist nur auf drei Tage unterbrochen gewesen. Ueber das vorliegende Eis ist mittels einer Eisbahn eine

Fuß-Passage seit vorgestern Abend wieder hergestellt, und werden folgergestalt die Posten von und nach Posen befördert, wo dies- und jenseits des Bruchs Postwagen bereit stehen, um Personen und Packete aufzunehmen. In kürzester Frist hofft man, den Durchbruch couvert und nachher wieder ausgefüllt zu haben, um das Warthebruch von dem noch zu besorgenden Hochwasser zu schützen und die ungehinderte Passage auf der Chaussee nach dem Vennburger Kreise und dem Großherzogthum Posen zu erhalten. Die Dämme zum Schutz des Oderbruchs haben nicht gelitten. Gleichwohl sind auch Seitens des Deich-Hauptmanns Neumann die nöthigen Vorkehrungen getroffen. — Der Wasserstand am Küstriner Pegel — am 1. Januar 1850. Mittags 12' 7" — ist übrigens 4 Zoll höher gewesen, als im Jahr 1838 und nur 2 Fuß 6 Zoll niedriger, als im Jahre 1785. Bekanntlich seit einem Jahrhundert der höchste Wasserstand in der Oder.

Düsseldorf, den 6. Januar. (R. Z.) Die Maßregel, der zufolge mehreren demokratischen Wirthschaften hieselbst die Concession entzogen werden soll, ist eine nicht für hier allein bestimmte, sondern soll in Folge ministerieller Anordnung vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz veranlaßt sein; so sollen in Köln gegen 70, in Crefeld über 30 Wirthschaften mit dieser Maßregel bedroht sein, weil man von oben her der Ansicht ist, dadurch am wirksamsten den demokratischen Wählern entgegen treten zu können.

Glücksburg, den 7. Januar. (C. Z.) Heute ist auch das Local des hiesigen Gewerbe-Vereins polizeilich geschlossen und versiegelt worden. Hane Jürgensen, Dr. Eubke, Arzt, Dr. Diederichsen, Dr. Mommsen, von der lateinischen Schule, und G. F. Doll haben von der Landes-Verwaltung den Befehl erhalten, binnen 24 Stunden aus Stadt und Landgebiet sich zu entfernen. Eine längere Liste Ausgewiesener soll folgen. — Nach Lundsgaard und Freiwille in Angeln waren von hier 9 Mann Schweden auf Execution gesandt. Sie haben jenes Ziel erreicht, von diesem Zweck aber abstecken müssen. Es versammelten sich nach ihrem Eintreffen Bauern aus dem Kirchspiel in großer Menge. Eine Deputation von 12 derselben zeigte den Schweden an, daß sie am klügsten thun würden, wenn sie förmlich wieder nach Schweden abmarschirten, und so traten sie ihren Rückmarsch noch am Abend an, wurden mit einigen Flaschen Wein für die Reise gestärkt und von einer Anzahl Bauern an die Landstraße gebracht. Heute sollen 7 Norwegische reitende Jäger dahin abgesandt sein.

Hannover, den 8. Januar. (Berl. Nachr.) Die deutsche Frage ist noch nicht zur Abstimmung gekommen. Die Gallerien waren so unruhig, daß der Präsident die Wachen beauftragte, sie zu räumen. Während sich die Vollstreckung des Befehls etwas verzögerte, bezweifelte der Abgeordnete Freundenthal, ob eine geheime Abstimmung in einer so wichtigen Angelegenheit zulässig sei. Auf diese Bemerkung rief man auf der Gallerie Bravo und der Präsident sah sich genöthigt, die Sitzung aufzuheben.

Karlsruhe, den 4. Januar. Die amtlichen Vorbereitungen zu den Reichstags-Wahlen nach Erfurt werden überall in Baden getroffen; aber es regt sich noch nirgends eine besondere Thätigkeit der einzelnen Parteien dafür. — Vor einiger Zeit erhielt Herr Walsch, Oberbürgermeister alhier, ein aus Frankreich datirtes Schreiben Brenanos. Dieser wünscht darin, daß sich Herr Walsch höheren Orts für ihn verwenden möchte, verspricht, niemals mehr nach Deutschland zurückkehren zu wollen, und bittet, als Gegenleistung, um Verabfolgung seines mit Beschlag belegten Vermögens. (Berl. Nachr.)

Stuttgart, den 6. Januar. (Berl. Nachr.) Der „Schwäbische Merkur“ druckt eine Adresse aus Nagold an Sr. Maj. den König ab, in welcher um Anschluß an den engern Bund gebeten wird. Ueberhaupt mehrten sich die öffentlichen Kundgebungen für den Anschluß an den von Preußen angestrebten Bundesstaat, sowie für das Erfurter Parlament in unserm Lande. Der vaterländische Verein in Herrenberg tritt der betreffenden Erklärung des Stuttgarter Vereins, unter der Bedingung bei, daß sowohl die einzelnen Regierungen, als auch der Erfurter Reichstag alles aufbieten werden, damit der deutsche Bundesstaat in möglichst enger Beziehung mit Oesterreich bleibe. Auch aus den altwürttembergischen Gemeinden laufen immer mehr Erklärungen für den Bundesstaat ein.

Oesterreich.

LNB Wien den 8. Januar. Erzherzog Johann wird morgen hier eintreffen. — Der österreichische Gesandte Baron Profesch-Osten ist aus Berlin hier angekommen. — Den bisherigen Feuerlösch-Vorrichtungen steht eine Reform bevor. Hr. Philipp hat nämlich gefunden, daß durch gefahrloses rasches Verbrennen eines Gemenges von Kohlenpulver, Salpeter und Gyps in einem mit Wasser versehenen Gefäße eine so ungeheure Menge von Kohlenäure, Stickgas und Wasserdampf sich entwickelt, daß jedwede Flamme, auf welche dies Gemenge geleitet wird, sogleich gänzlich und spurlos verlöschen muß. — Das Kriegsministerium hat für die Marine eine Werbung von Freiwilligen als Seesoldaten zweiter und dritter Klasse mit einer monatlichen Löhnung von 8 und 6 fl. C.-M. angeordnet.

Nach der auf Auftrag des Ministeriums des Innern von den stadthauptmannschaftlichen Bezirken eben vollendeten Conseription zählt Wien sammt den Vorstädten und den zum Polizeibezirk Wien's gehörigen Ortsteilen außerhalb der Linien 477,846 Bewohner. Davon sind 460,888 In- und 16,958 Ausländer; der Religion nach 458,162 Katholiken, 8173 Protestanten, 10,670 Juden und 841 Griechen und Muhamedaner. Diese Bevölkerung wohnt in 13,772 Häusern. — Die Stadt und die Vorstädte allein haben eine Bevölkerung von 383,095 Menschen. Im Vergleich mit der unmittelbar vorausgegangenen Conseription vom Jahre 1846 zeigt sich eine Abnahme der Bevölkerung von 25,000 Menschen, welche in den politischen Ereignissen, so wie in den Epidemien (Cholera und Typhus), die in den beiden verflochtenen Jahren intensiver als sonst auftraten, hinreichend begründet ist. Die Bevölkerung der Residenz und der Vorstädte bewohnt 8093 Häuser. Die Häuserzahl hat seit 1846 um 170 zugenommen.

— Die statistische Aufnahme der Bevölkerung Wiens wirft mancher interessanten Licht auf vergangene und gegenwärtige Verhältnisse. Besonders gilt das hinsichtlich der jetzigen Noth an Arbeitern und deren gesteigerten Ansprüchen, welche im heutigen Geschäftsbericht umständlicher besprochen werden. Die Verminderung von 25,000 Einwohnern ist wohl hauptsächlich aus dem Arbeiterstand hervorgegangen. Diese Ansicht gewinnt dadurch Glauben, weil die Zahl der Ausländer vermindert angegeben ist. Im Jahre 1846 betrug sie 18,786 und jetzt ist sie auf 15,031, um ein Fünftel, gesunken, weil die hiesigen Werkstätten und Fabriken früher weit mehr Ausländer beschäftigten und auch nicht ohne Grund bevorzugten. Gewiß ist es, daß eine Art von Prohibitivsystem, die hierin hinsichtlich der Menschen im Gegensatz zu dem aufzuhebenden in Waaren, Platz gegriffen hat, unserer industriellen Produktion großen Abbruch that. — Wenn auch noch jetzt auf

die Bevölkerungsunterschiede nach den verschiedenen Confectionen eingegangen werden soll, so würde eine Zunahme der jüdischen Bevölkerung, die sich im Jahre 1846 auf 3739, jetzt aber auf circa 10,000 auswies, allerdings viel Ueberraschendes haben, und auch in der seither erfolgten Emancipation durchaus keinen genügenden Erklärungsgrund finden. Allein dieser Zuwachs ist, wie aus anderweitiger Kontrolle hervorgeht, ein durchaus nur scheinbarer. Nicht nur ein schmählicher und drückender Leibzoll sondern auch eine förmliche auf das Bekenntniß gesetzte Proscription bewogen früher viele Juden, ihren Aufenthalt zu verheimlichen, und es läßt sich füglich annehmen, daß deren Anzahl sich schon 1846 auf mehr als das Doppelte der Angabe erhoben haben mag, ungeachtet über jede neu zu duldende Israelitenfamilie ein weitläufiger Instanzenzug eröffnet wurde und man gegen die unbefugte hier Aufhaltenden eine kostspielige Meute von Spürhunden in steter Hege hielt. — Uebrigens wird in einem umständlicheren Bericht sehr treffend bemerkt, daß die Volkszählung großer Städte zu den schwierigsten Aufgaben gehört.

Peſth, den 1. Januar. (Köln. Ztg.) Das heutige „Magyar Hirlap“ enthält in seinem amtlichen Theile einen Erlaß des k. k. Kriegsgerichtes, laut welchem 67 des Majestäts-Verbrechens angeklagte, flüchtige Individuen vor das Kriegsgericht geladen werden; wir finden darunter die Namen: Kossuth, Lajos, Rakoczy Janos, ein Beamter Kossuth's, Egrefly, Schauspieler, Mesáros, Kriegsminister bei den Rebellen, Semere, Minister des Innern, Perczel, die Grafen Kasimir und Stephan Batthyanyi, Latics, u. s. w. Die Vorgeladenen haben binnen 90 Tagen zu erscheinen und sich über die auf ihnen lastenden Anklagen zu rechtfertigen.

Frankreich.

Paris, den 6. Januar. (Köln. Ztg.) Admiral Baudin ist gestern hier eingetroffen. — Nach dem „Evenement“ war gestern vor der Sitzung die Budget-Kommission versammelt, um über die Frage der Lyon-Avignon-Bahn zu berathen. Der Arbeits-Minister beharrt auf dem Wegfallen jeder Geldunterstützung. Aus Anlaß des neuen Vorschlages des Hrn. Vieuat hat die Kommission entschieden, daß, unter Vorbehalt aller Fragen, zu einer neuen Diskussion geschritten werden soll. Mehrere Mitglieder beantragten die Verweisung der vorläufigen Prüfung des Gesetzesentwurfes und der neuen von zwei Bahn-Gesellschaften eingereichten Vorschläge an eine Unterkommission. Der Antrag ward genehmigt und die Unter-Kommission wird morgen ihre Arbeit beginnen. — In der gestrigen Sitzung der National-Versammlung hat J. Bouvet einen Vorschlag eingebracht, wonach dieselbe folgenden Beschluß fassen soll: „Die vollziehende Gewalt wird eingeladen, den Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritannien's vorzuschlagen, die Angelegenheiten von La Plata gemeinsam mit Frankreich zu ordnen. Die drei Mächte würden demnach eine jede drei Kommissare an Ort und Stelle senden, welche mit Vollmacht zu verfahren wären, sofort über die Streitigkeiten der verschiedenen Staaten dieses Theiles des Amerikanischen Festlandes scheidrichterlich zu entscheiden und zugleich ihre gegenseitige Unabhängigkeit, so wie den durch die Bedürfnisse des Handels erheischten Frieden zu sichern.“ — Der „Moniteur“ meldet die Ernennung des Hrn. Bourgoing zum Gesandten in Madrid. — Die unerwartete Niederlegung der Präsidentschaft der Versammlung von Seiten des Hrn. Dupin und die dem Ministerium feindliche Rede von Thiers in der La Plata-Angelegenheit haben in den politischen Kreisen, so wie unter den Diplomaten ziemliches Aufsehen gemacht; man darf aber mit Zug annehmen, daß beide Vorgänge durchaus keine ersten Folgen haben; denn Dupin wird morgen durch eine stärkere Majorität von Neuem gewählt und die La Plata-Frage durch Annahme eines versöhnlichen Amendements erledigt werden, das die Forderungen der mit den Verbindlichkeiten und Pflichten der Regierung bisher nicht übereinstimmenden den gemäßigten Partei befriedigen wird.

Paris, den 7. Jan. (Köln. Ztg.) Das neue Journal „Le Napoleon“, angeblich amtliches Organ der Präsidentschaft, ist gestern erschienen; es ist ein Wochenblatt, das mit einer Titel vignette geschmückt ist, die den Triumphbogen de l'Etoile vorstellt. Diese erste Nummer enthält unter Andern Artikel über das erste Jahr der Präsidentschaft L. Napoleons, über die Republikaner, über den La Plata und über die Elementarlehrer. Unter der Rubrik „Vermischtes“ findet sich die Angabe, daß L. Napoleon unter den jetzigen Umständen von dem Gedanken an eine Amnestie eben so weit entfernt sei, als er früher gewünscht habe, dieselbe am Jahrestage seiner Wahl vorzuschlagen zu können. Am Schlusse heißt es: „Wir sind in einem Zeitraume der Niederhaltung; jener der Gnade ist noch nicht gekommen.“ — Der „Moniteur“ meldet amtlich die Ernennung Bourgoing's zum Gesandten in Madrid. — L. Napoleon war gestern im Theater des Thores St. Martin. Eine zahlreiche Menschenmasse harter seiner Ankunft auf dem Boulevard, er kam jedoch von der andern Seite her und entzog sich auch nach Beendigung des Schauspiels auf dem nämlichen Wege der Menge, welche unaufhörlich rief: „Es lebe die Republik!“ — Vorgestern Abend war großer Empfang im Marineministerium, wo viele Admirale und Schiffs-Capitäne sich einfanden. Die La Plata-Frage bildete natürlich den Hauptgegenstand der Unterhaltung. Man versicherte, daß, falls es zu einer Expedition gegen Rosas komme, einer unserer jüngsten Contre-Admirale, Dubouddien, dem bei Navarin eine Kugel den Schenkel wegriß, den Befehl über dieselbe erhalten werde. — Der Urheber der neulich gemeldeten Vergiftung durch Zunderwerk ist ermittelt und hat sein Verbrechen bereits eingestanden. — Nach dem „Touloimais“ hatte das kürzlich von Terracina dort angelangte Span. Kriegs-Dampfschiff „Pizarro“ den aus dem Kirchenstaate zurückkehrenden Oberbef. des Span. Exped.-Corps, Gen. Cordova, so wie wichtige Depeschen für die Spanische Regierung an Bord. Zwei Schiffe, welche unserer Mittelmeer-Flotte Proviant aller Art bringen sollten, haben denselben wieder in die Magazine abgeliefert, woraus man auf baldige Rückkehr des Geschwaders schließt. — In der Provinz Constantine, so wie in ganz Algerien, herrscht jetzt vollkommene Ruhe.

— Die Annahme des Commissions-Antrages in der La Plata-Frage ist jetzt wohl das Wahrscheinlichste, das sich voraussehen läßt; ob dieselbe noch heute zur Abstimmung kommt, ist sehr zweifelhaft, da nicht nur eine Menge Amendements, sondern wohl auch ein Zwischenfall zu erledigen sein würde hinsichtlich einer Note (s. unt.), welche in allen ministeriellen Blättern steht und vom Ministerium ausgegangen ist, die dasselbe aber dennoch nicht anerkennen mag. Diese schwankende Haltung des Ministeriums über den Ursprung der Note bildet einen charakteristischen Gegensatz zu dem Inhalte derselben.

Ueber die Wiedererwählung Dupin's zum Kammer-Präsidenten, und zwar mit starker Majorität, kann kein Zweifel obwalten. Die Fraction Dufaure, die ihre Stimmen vereint mit denen der Linken Herrn D. Barrot gegeben, wird heute in's alte Lager zurückkehren; allein bei der Wahl des vierten Vice-Präsidenten dürfte die Spaltung

zwischen Orleanisten und Legitimisten, von denen die Einen General Debeau, die Andern Leon Gaucher zu wählen entschlossen sind, auch heute sich heraussstellen.

In der heutigen Sitzung der National-Versammlung werden die zwei ersten Stunden zur Abstimmung Behufs der Wahl des Präsidenten und des vierten Vice-Präsidenten verwendet. Die Repräsentanten haben sich heute in großer Zahl eingefunden. Die Abstimmung zur Präsidentenwahl ergibt die Annahme von 595 Repräsentanten, wovon 377 für Dupin, 156 für Michel (von Bourges), einige wenige für Dufaure, Odilon-Barrot und Daru gestimmt haben. Dupin wird hiernach von Neuem zum Präsidenten der Versammlung proklamiert, und es ist wahrscheinlich, daß er diesmal nicht ausfallen wird, da er jetzt die gewünschte imposante Majorität erlangt hat. — Die Tagesordnung bringt jetzt die weitere Verhandlung über die Angelegenheit von Montevideo. Mehrere Amendements zu dem vom Ausschusse vorgeschlagenen Beschlusse, wonach die Regierung eingeladen werden soll, den Erfolg der Unterhandlungen durch die nöthigen Gewaltmittel zu sichern, sind eingebracht worden. Ein Amendement, das die Einstellung der Subsidienzahlung von Montevideo verlangt, wird zuerst einstimmig verworfen. Die Versammlung ertheilt einem neuen Amendement de Rance's, das die Verwerfung des Lepredour'schen Vertrages, im Uebrigen aber die Anheimsstellung der Angelegenheit an die Regierung enthält, den Vorrang. De Rance erklärt, daß er nach dem vom Justiz-Minister Rouher in der letzten Sitzung gegebenen Zusicherungen sein früheres Amendement durch folgendes ersetzen zu müssen glaube: „In Betracht, daß der Lepredour'sche Vertrag der National-Versammlung zur Ratifikation nicht vorgelegt worden ist; in Betracht, daß die Regierung erklärt, die Verhandlungen fortsetzen zu wollen, in der Absicht, die Ehre und die Interessen der Republik zu wahren, und daß unter allen Umständen unsere Landes-Angehörigen gegen die Ereignisse, die sie an den Ufern des La Plata begreifen könnten, geschützt werden sollen: geht die Versammlung zur Tagesordnung über.“ Daru verwirft im Namen des Ausschusses dieses Amendement und beharrt bei dem von ihm vorgeschlagenen Beschlusse. Er setzt mit Bezugnahme auf die heute viel besprochene halbamtliche Note hinzu, daß dies nicht aus „parlamentarischem Ehrgeiz“ geschehe, wie man in gewissen Blättern verbreitet habe. Diese Aeußerung ruft den Minister de La Halle auf die Tribüne, der erklärt, daß die erwähnte Note „außerhalb der Sphäre seines Einflusses und ohne seine Einwilligung“ veröffentlicht worden sei. (Lebhaftes Aufsehen in der Versammlung.) Daru stellt noch den Unterschied zwischen der Ansicht des Ausschusses und dem de Rance'schen Vorschlage hin. Dieser, der im Sinne des Ministeriums abgefaßt sei, wolle fortgesetzte Unterhandlung ohne thätliches Einschreiten; der Ausschuss wolle thätliches Einschreiten, nicht angriffs- sondern verteidigungsweise, nicht zu Buenos-Ayres, sondern zu Montevideo. Uebrigens sei die Zeit des Diskutirens vorbei, und es bleibe nur noch übrig, zu votiren. Die Urheber mehrerer anderen Amendements und auch das Ministerium erklären sich jetzt mit dem Amendement de Rance's einverstanden und der ganze Streit concentrirt sich daher auf dieses und den Vorschlag des Ausschusses. Es wird zur namentlichen Abstimmung auf der Tribüne geschritten. Das Resultat wird mit Unruhe erwartet, da es sich im Grunde um ein Vertrauens-Votum für das Ministerium handelt. Lebhaftes Gruppen bilden sich hin und wieder im Saale der Versammlung. Endlich, um 5½ Uhr, wird das Resultat der Abstimmung bekannt: für das de Rance'sche Amendement, d. h. für das Ministerium ergeben sich 338 Stimmen, dagegen 300. Auf den Bänken der Minister herrscht große Verwirrung über die erlangte Majorität. Es wird also keine Expedition gegen Rosas abgehen. — Es wird hierauf noch zur Abstimmung über die Credit-Forderung zur Bezahlung der vertragsmäßigen Subsidien an Montevideo geschritten. Während der Abstimmung wird das Resultat der neuen Vice-Präsidentenwahl bekannt. Der General Debeau hat endlich die imposante Majorität von 352 Stimmen auf 515 Votanten erlangt und wird daher zum vierten Vice-Präsidenten erklärt. Die Subsidienforderung für Montevideo werden mit 496 Stimmen gegen 88 bewilligt. — Eine von einem Mitgliede der Linken angekündigte Interpellation an den Minister des Innern wird auf drei Monate verschoben, d. h. beseitigt. Mole verlangt in Betracht, daß das Parriessche Gesetz über die Clementarlehrer für morgen auf der Tagesordnung steht, die Ansetzung der Disziplin des großen Fallou'schen Gesetzes über den öffentlichen Unterricht auf den 14. Januar, was auch nach kurzem Widerstande der Linken durchgeht. Die Sitzung, unter drohenden Anzeichen begonnen, geht um 6 Uhr ganz friedlich zu Ende.

Nach der „Liberte“ liegen die Entlassungs-Gesuche der Minister schon seit 48 Stunden im Glysée; L. Napoleon aber weigert sich hartnäckig, sie anzunehmen. — J. Arago wird nächstens eine Denkschrift über die Februar-Revolution herausgeben. — Der Ex-Minister des Innern de Falloux hat sich schriftlich sehr entschieden gegen das Parriessche Gesetz über die Clementarlehrer ausgesprochen, weil er dasselbe dazu bestimmt glaubt, sein großes organisches Gesetz über den öffentlichen Unterricht zu beseitigen. Bei der Abstimmung wird seine Ansicht auf die Legitimisten großen Einfluß üben. — L. Napoleon soll demnächst eine große Reise nach dem Süden, namentlich nach Marokko und Toulon, antreten wollen. — Großes Aufsehen erregt folgende Note, die in den ministeriellen Abendblättern und dem neuen Wochenblatt „Der Napoleon“ erschienen und zwei legitimistischen Blättern unter dem Siegel des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten zugesandt worden ist: „Aus Veranlassung der schwachen Majorität, die den letzten Projecten der Regierung gegeben worden ist, rathen gewisse Journale, über deren Absichten es gestattet ist, Zweifel zu erheben, dem Ministerium, sich zurück zu ziehen. Sie behaupten unter Berufung auf gewisse Gewohnheiten der Vergangenheit, daß nach verglichenen Schlappen Minister, die sich selbst achten, nicht mehr an der Spitze der Geschäfte bleiben können. Diese Journale wissen nicht, oder thun so, als ob sie nicht wüßten, welches in Zukunft die Stellung des verantwortlichen Chefs der vollziehenden Gewalt ist. Unter der neuen Ordnung der Dinge erleben die Minister keine Schlappen, so lange sie das Vertrauen des Präsidenten besitzen. Wir benachrichtigen sie für alle Fälle, die eigensinnigen Vertheidiger des alten constitutionellen Schwindels, daß das Staats-Oberhaupt sein Ministerium allen neidischen Angriffen zum Trotz behalten, und daß die beklagenswerthe Instabilität der Minister nicht mehr nach der Laune des parlamentarischen Ehrgeizes vorkommen wird.“ — Die Organe der Majorität spielen Feuer und Flamme über dieses neue anmaßliche Manifest, das offenbar aus sehr hoher Quelle herrührt, obgleich der Minister des Innern zu den beiden legitimistischen Blättern, denen dasselbe unter seinem amtlichen Siegel zugekommen war, geschickt hat, um die Zusendung als ein Versehen zu erklären. Einheit in der Majorität gegen die Uebergriffe der Execlutiv-Gewalt! Dies ist im Wesentlichen die Moral, die sie aus diesem Manifeste ziehen zu müssen

glauben. Das Privat-Organ von Thiers behandelt dasselbe mit vornehmendem Spott, und empfiehlt es nur statt aller Betrachtung den Freunden der alten französischen Heiterkeit. Es ist klar, daß die Spannung zwischen dem gesetzgebenden Körper und der vollziehenden Gewalt, welche die unsinnigste der Verfassungen gleich stark, unabhängig von einander und doch in steter Wechselbeziehung zu einander eingelegt hat, seit dem 31. October fortwährend zugenommen hat und jetzt bei einem völligen Bruch angekommen ist, aus dem vielleicht Beide nicht ganz unverseht hervorgehen dürften. — Obiges Manifest wird ohne Zweifel sehr viel zur momentanen Wiedervereinigung der sich auflösenden Majorität beitragen. — Aus den Departements wird überall berichtet, daß die Behörde mit Verfolgung der socialistischen Propaganda eifrig fortfährt. Eine Menge ihrer Schriften sind verboten und werden confiscirt, wo man ihrer habhaft werden kann.

Großbritannien und Irland.

London, den 7. Jan. (Köln. Ztg.) Wie schon früher bemerkt, hat das Ministerium ein neues Wahlgesetz ausgearbeitet, welches es in der bevorstehenden Session dem Parlamente vorlegen wird. Das „Weekly Chronicle“ bemerkt darüber: „Es gereicht uns zur Freude, melden zu können, daß sich unter den ersten Gesetzes-Vorschlägen, welche die Regierung dem Parlamente einreichen wird, Bills befinden, die sich auf eine Ausdehnung des Stimmrechtes sowohl in England, wie in Irland beziehen. Die Details derselben sind uns unbekannt; allein wir haben Grund zu der Hoffnung, daß die in Rede stehenden Gesetze mit den Ansichten eines großen Theiles der wirklich liberalen Parlaments-Mitglieder übereinstimmen werden. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Thronrede eine Empfehlung einer so wichtigen Reform enthalten wird.“

Schweiz.

Zürich, den 5. Januar. Die Polnischen Flüchtlinge erweisen sich in Bern eben so unverträglich und störrisch wie die zu Neuenburg, so daß der dortige Regierungsrath den Bundesrath ersuchte, die Polen einmal den Cantonen zuzuwenden, welchen dieses Glück noch nicht zu Theil geworden. Im Argau ist die Zahl der Flüchtlinge überhaupt auf 167 herabgeunken, von denen 57 auf öffentliche Kosten verpflegt werden. Auf die Anfrage Druey's, wie es sich mit einer Beschwerde des Badischen Gesandten verhalte, daß sich drei namentlich bezeichnete Flüchtlinge, dem Internirungsbeschlusse zuwider, in Aarau, kaum acht Stunden von der Grenze entfernt, aufhielten, erwiderte das Aargauische Polizei-Depart., jene bezeichneten Drei befänden sich seit Monaten auf dem eidgen. Polizeidepartement übersandten Wochenrapporten, zudem sei die Stadt Aarau von letzterer Behörde selber als ein den Flüchtlingen erlaubter Stationsort bezeichnet, und seitdem der Grenze um kein Haarbreit näher gerückt. Es hätte hinzufügen können, der sich beschwerende Gesandte selber lebte im vergangenen Frühjahr als politischer Flüchtling dem Internirungsbeschlusse zuwider eine Zeitlang in nächster Nähe der Badischen Stadt Konstanz. — Mit Neujahr sind Druey die auswärtigen Angelegenheiten, Jurrer Justiz und Polizei übertragen, die übrigen Departements bleiben unverändert.

Von der Vigotterie der Freiburger gibt folgende Geschichte sprechende Kunde: Ein reformirter Württemberger, Adam Schumann von Ulm, verunglückte auf der Straße zwischen Autigny und Chenevins; auf Befehl des Oberamts auf dem Kirchhofe von Autigny gehoben, wurde er bei nächtlicher Weile aus seinem Grabe herausgerissen und nackt in einer jumpfgen Wiese verscharrt. Die Obrigkeit ließ ihn zum zweiten Male aus dem Kirchhofe beerdigen, und als der Thut verächtlich wurde gefänglich in Freiburg eingebracht — der Pfarrer von Autigny nebst einigen seiner Weidkinder.

In Uri beschäftigt man sich ernstlich mit einer durchgreifenden Correction der Reuz, in Schwyz mit der eben so notwendigen Errichtung eines Correctionshauses für Geistliche der Urchwyz. — Der zu dreimonatlicher Arbeitsstrafe verurtheilte Redacteur des „Luzerner Volksboten“ wurde deshalb selbst bestraft, und nicht der als Verfasser des incriminirten Artikels Vorgehabene, weil es sich ergab, daß der Letztere, Stallnecht von Profession, nur nothdürftig seinen Namen schreiben konnte, und auch erklärte, er habe zu jenem Artikel nur „mitgebelesen“. Ein Fälscher Oswald im Canton Luzern wurde verhaftet, weil er, um sich wichtig zu machen, der „National-Zeitung“ zu Basel geschrieben hatte, er sei, ultramontaner Wählerkreis wegen, eingestrichen worden; — aber nicht dieser fälschlichen Selbstbeschuldigung wegen, sondern weil er in dem Briefe die Namens-Unterschrift eines liberalen Beamten fälschlich gemißbraucht. — Die Regierung des Argau hat den Bundesrath ersucht, sich für den Messer Propst von Laufenburg, der wegen Ankauf zweier Badischer Pferde nun schon über 60 Tage im Untersuchungsverhaft zu Säckingen sich befindet, bei den Großherzoglichen Behörden zu verwenden.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, den 3. Januar. Die gegenwärtige politische Stimmung in Schweden ist keinesweges eine so befriedigte, als man gewöhnlich im Auslande glaubt. Es ist eben sowohl der Stillstand in der innern politischen Entwicklung, als die Bahn, welche unsere Regierung in der auswärtigen Politik befolgt, die Unzufriedenheit erregen. Der Reformverein zu Drebro verursacht daher der Regierung viel Unbequemlichkeit; sein ruhiges, aber energisches Wirken läßt indeß hoffen, daß beim nächsten Zusammentritt der vier Reichstände (im Herbst d. J.), von denen der Bauernstand der gewichtigste ist, die am auffälligsten hinter der Zeit zurückgebliebenen Bestimmungen unserer Verfassung zur Sprache kommen und reformirt werden. Ebenso herrscht hier in Stockholm, wie in den vereinigten Königreichen überhaupt, große Unzufriedenheit über die Einmischung der Regierung in die schleswig-holsteinische Angelegenheit. Schon bei der Rückkehr des Königs aus Norwegen, wo er drei Monate zubrachte, gab das Volk sein Mißfallen in auffälliger Weise kund. Die in letzteren Jahren vermehrten Militärausgaben haben ferner eine Erhöhung der Steuern nothwendig gemacht; es ist daher nicht zu verwundern, daß die Unzufriedenheit des größtentheils sehr armen Volks dadurch neue Nahrung erhalten hat und in manchen Theilen des Landes bereits zu einer bedenklichen Höhe gestiegen ist. Das schwedische Volk haßt die Russen, und die Ueberzeugung, daß die schwedische Regierung sich zur Ausführung russischer Pläne gebrauchen läßt, vermehrt die allgemeine Unzufriedenheit. Daher beklagt man hier laut und bitter so wohl, daß Ungarn gefallen ist, als auch, daß das deutsche Volk vergebens nach Einheit und Freiheit gerungen hat. Bei einer Trauerfeier in Upsala zu Ehren der „heldenmüthigen ungarischen Nation“ sah ich neben der ungarischen auch die deutsche Fahne mit schwarzem Flore umhüllt, von schwedischen Musenführern unter Klagegesang und bei Fackelschein umhergetragen — ein Anblick, der mein deutsches Herz mit Behnlichkeit zwar, aber auch mit Freude und Hoffnung erfüllte.

Italien.

Florenz, den 27. Decbr. Seit einigen Tagen herrschte eine

gewisse Aufregung, weil die Polizei eine Verschwörung entdeckt haben wollte, deren Zweck die Ermordung des Großherzogs am Weihnachtstage gewesen wäre. Obgleich die Regierung dieser angeblichen Verschwörung nicht vielen Glauben schenkte, so traf sie doch Vorkehrungsmaßregeln zur Sicherung der öffentlichen Ruhe. Die lärmenden Demonstrationen der in Toskana nach der Erlassung der Amnestie angekommenen Flüchtlinge, welche besonders in Livorno stattfanden, scheinen die Veranlassung zu obigem Gerüchte gegeben zu haben. — Die im Jahre 1846 ertheilte Concession zur Erbauung einer Zweigbahn von Pistoja bis an die Grenzen des Kirchenstaats ist von der Regierung zurückgenommen worden.

Spanien.

Madrid, den 1. Jan. (Köln. Ztg.) Nach den heutigen Blättern treffen die Carlisten umfassende Vorbereitungen, um nächstes Frühjahr von Neuem das Banner des Don Carlos zu erheben. Die Heerführer in den verschiedenen Provinzen sind nach der „Patrie“ in einer Carlisten-Versammlung zu Venedig schon ernannt worden. Cabrera wird in den Nordprovinzen den Oberbefehl führen, und die Geldmittel für die Expedition, von den französischen Legitimisten geliefert, liegen bereit. Der Einfall in Spanien soll diesmal aber nicht bloß von Frankreich aus geschehen, sondern es werden zwei Expeditionen von England aus vorbereitet, deren eine, mit dem Bruder des Grafen Montemolin an der Spitze, in Sizilien landen soll. Montemolin hat seine Anhänger in einem Rundschreiben aufgefordert, sich auf das erste Signal bereit zu halten. Hier haben diese Nachrichten viel Aufsehen gemacht und auch einige Besorgniß erregt, da unter der carlistischen Partei diesmal die gewöhnliche Geldnoth nicht zu herrschen scheint. — Unsere Kammern sollen nach der Abstimmung über das Budget unverzüglich aufgelöst werden. — Lola Montez, jetzt in Cadix, ist abermals von ihrem Manne verlassen worden und hat seiner noch nicht habhaft werden können.

Vermischtes.

Laut einem Privatbriefe aus Highland (Staat Illinois) ist Heder's Farm sehr belebt. Der romantische Revolutionär hat seine Familie mitgebracht und ist ein rüstiger, von seiner Umgebung geachteter Bauer geworden. Seine Besitzung liegt zwischen dem „Jura“ und dem „Migi“. Zum Nachbar hat Heder den Sohn des genfer Milliet Constant, der auf dem „Sonnenberg“ wohnt, ferner den ehemaligen Stadtrath Burry von Nürnberg und den Pfarrer Bouillez von Lausanne. In der Nähe wohnt der Pfälzer Bernays, vor 1848 viel genannt als Redacteur des pariser „Vorwärts“ in seiner schmutzigsten Periode und als Correspondent, der gutgesinnte Blätter zu foppen liebte, nach der Februar-Revolution französischer Diplomat (!) in Wien während der kurzen Dauer der provisorischen Regierung. Amadei ist mit seiner Frau nach Wisconsin gezogen zu einem dort schon lange ansässigen Verwandten. Brentano und Dr. Eberts, einst Redacteur des ephemeren in Frankfurt 1848 erschienenen Reichstags-Blattes wohnen auf derselben Farm, und Fröbel hat sich in New-York mit einigen Seifenfabrikanten vereinigt und ist in eifriger Hervorbringung dieses von den deutschen Republikanern sonst nicht eben vorzugsweise gesuchten Produkts begriffen. Aus Milwaukee in Wisconsin wird unter dem 20. November 1849 geschrieben: „Das gesellschaftliche Leben ist unangenehmer Art. Milwaukee ist der Landungsplatz aller Sorten europäischer Flüchtlinge und Glücksritter. Zu Waffen fügen sie hier, raisonniren über Gott und die Welt, tagelieben und bemühen sich, einer den andern schlecht zu machen. Man muß sich hüten, aus seinen vier Wänden zu kommen.“ Hermann Kriege, der 1846 den socialistischen „Volkstribunen“ in New-York redigirte, dann bei dem Berliner Demokraten-Congress 1848 präsidierte und später von Hamburg aus elegische Klagen ertönen ließ über die Engherzigkeit der Demokratie, die ihre Reisenden so schlecht bezahle, ist nach Amerika zurückgekehrt und hat mit dem 1. October die „Illinois-Zeitung“ übernommen.

Locales etc.

Posen, den 12. Januar. Der Staats-Anzeiger und die übrigen heut Mittag fälligen Berliner Zeitungen sind ausgeblieben.

Posen, den 9. Januar. In der heutigen ersten General-Versammlung der Zeichenschule für junge Handwerker trug Hr. Maler Rasche einen vollständigen Bericht über das Beginnen und Gedeihen der Zeichenschule für das abgelaufene erste Vierteljahr, seit dem diese Schule besteht, vor. Herr Wagenfabrikant Seydel, Kassirer dieser Schule, legte hierauf den Kassenabschluß (86 Rthlr. Einnahme, 76 Rthlr. Ausgabe) des verfloßenen Viertel-Jahres vor und wurden die betreffenden Papiere den Versammelten zur Einsicht vorgelegt, wie auch die für die betreffende Schule durch den Vorstand angeschafften Gegenstände. Hierauf entspann sich eine Debatte über Beschaffung größerer Mittel, da die bisherigen für die Dauer der Schule nicht ausreichend sich stellen. Man beschloß: 1) daß der Magistrat ersucht werde, aus dem Wahl- und Schlachtfleisch-Fonds für 25 Freischüler vierteljährlich einen Betrag von 25 Rthlr. zur Beschaffung von Modellen, Zeichnungen u. für die Schule zu gewähren; 2) daß die königliche Regierung gebeten werde, aus dem ihr zu Gebote stehenden Fonds zur Beförderung gewerblicher Zwecke eine Unterstützung von 150 Rthlr. zur Anschaffung der oben genannten Gegenstände an die Kasse der Zeichenschule zu bewilligen; 3) gleichzeitig zu bitten, dafür höheren Orts sorgen zu wollen, daß dem Herrn Rasche an dieser Schule eine feste Anstellung gewährt werde. Hierauf hielt Herr Rasche einen umfassenden Vortrag über seine Methode und den Gang seines in dieser Schule beobachteten Unterrichtsverfahrens. Im Besonderen wurden die Versammelten von dem Herrn Krzyżanowski ersucht, dahin zu wirken, daß sich recht Viele der Herrn Meister an dem Privat-Unterricht selbst betheiligen wollen, damit sie sich von der Nützlichkeit und Wichtigkeit dieser Methode persönlich überzeugen und mit um so größerem Eifer für das Gedeihen und die Erweiterung der Zeichenschule sorgten. Zum Schluß sprach Herr Krzyżanowski im Namen sämtlicher Anwesenden den Herrn Rasche für seine uneigennütigen Bestrebungen der Dank der Versammlung aus.

Schildberg, den 10. Januar. Wir haben jetzt hier eine Geldkrise. Sie ist entstanden in Folge der am 23. Novbr. v. J. wiederholten Bekanntmachung der Kabinetsordre vom 23. Juni 1823, welche den hiesigen Kaufleuten, welche sich nicht selbst zu helfen wußten und alle und jede Hilfe von der Staatsregierung erwarteten, als Antwort auf ihre unnötigen Beschwerden gegeben worden ist. Die besagte Kabinetsordre verbietet das „Einbringen“ der Scheide- und besonders der Kupfermünze. Ihre Fassung ist klar und deutlich und ihr Inhalt Jedermann, der da weiß, daß das Geld eine Waare sei, für welche man einen angemessenen Preis verlangen könne; daß der Werth desselben nicht im Gepräge, sondern im Fein- und Metallge-

haste liege, und der Nominalwerth der Scheidemünze dem wirklichen Werthe derselben gar nicht entspreche, durchaus verständlich: wundern konnte man sich nur, daß die Kaufleute das Gesetz, welches in allen Staaten zu finden ist, nicht kannten, und ohne die Weisung einer 26 Jahr alten Kabinettsordre sich nicht raten und helfen konnten; — und doch ist sie nicht allgemein verstanden worden. Die Meisten, welche eine Handvoll Polnische Scheidemünze hatten, erschrakten, als hätten sie dieselbe „eingebracht“ und als sähen sie schon die fästliche Hand nach dem Gelde, welches sie bona fide für Getreide, Waaren und Arbeit angenommen hatten, ausgestreckt: sie eilten mit einer unglaublichen Hast, sich desselben zu entledigen. Die Furcht ergriff besonders das arme Volk, welches allerdings nicht viel zu verlieren hat, aber aus Erfahrung weiß, daß es in solchen Fällen wegen seiner Unwissenheit und Aengstlichkeit am meisten ausgebeutet wird; in der Meinung, daß die Scheidemünze verrufen worden sei, gab es seine wenigen Groschen für 2 ihres Werthes hin. Ein Kemptner Geschäftsmann benutzte die Gelegenheit, um sich bei dem stürmischen Geldwechsel durch eine hohe Agiotage einen ansehnlichen Gewinn zu verschaffen: er bereiste Adelnau, Ostrowo und Krotoschin und wechselte dabei die Polnische Scheidemünze zu 75 pSt. ein; er hat die Aussicht, sie in Polen al pari auszugeben. Das Beispiel mag gewirkt haben, denn am 7. d. M. veranstalteten die hiesigen Kaufleute, Krämer, Fleischer, Bäcker und Schänker eine besondere Versammlung und beschloßen, die Polnische Scheidemünze zu 80 pSt. zu nehmen und sie dießseitig nicht mehr auszugeben. Ihre Großmuth, welche durch die unterlassene Erfüllung des letzten Theils der Stipulation eine unendliche geworden wäre und das Publikum wie zum größten Danke verpflichtet, so auch in gar nicht langer Zeit von allem Polnischen Gelde sicherlich ganz vollständig befreit hätte, — die besagte Großmuth, sie wurde leider! überflüssig. Sie kam zu spät! — Man war von seiner thörichten Besorgniß zurückgekommen; man ist ruhiger und wirft sein Eigenthum nicht mehr weg. Eine Münze, welche jenseits der nahen Grenze im vollen Course ist, kann hier weder werthlos sein noch werden und eben so wenig 20 und 25 Prozent verlieren. Es giebt Hunderte von Wegen, sie ohne Verlust anzubringen. Sie sind den Schwarzvieh-, Getreide- und Wollehandlern sehr wohl bekannt! — Uebrigens kann man in Pobjamce für Polnische Scheidemünze zu 98½ pSt. zu jeder Zeit Polnisches Courant erhalten. Seht man dieses nach dem Course

von Breslau zu 96½ gegen Preussisches um, so ist der ganze Verlust der Polnischen Scheidemünze 5½ pSt. Diesenigen, welche sie auf Produkte in Polen selbst ausgeben, erleiden, wie gesagt, gar keine Einbuße. Zu erwarten steht, daß die Krisis bald und ohne wesentlichen Schaden vorübergehen wird. Das Resultat wird sein, wie es bei internationalen Verhältnissen nicht anders sein kann: in den Grenzorten wird vorzugsweise immer Polnisches und Russisches Geld zu finden sein, und auch die Scheidemünze wird nicht ausbleiben. Das hat auch gar nichts zu sagen, wenn nur unser Staat nicht von ihr überschwemmt und unser Silber dagegen fortgeführt wird; — es wäre denn, daß man allen und jeden Verkehr mit Rußland abbrechen und auch von unserer Seite aus Hemm- und Hindernisse eine chemische Mauer bauen wollte. Die Geschichte dieser Krisis liefert aber den Beweis, daß es sehr mißlich ist, wenn die Staatsregierung, auch bei den besten Absichten, in die Verhältnisse des öffentlichen Verkehrs eingreift und ihn regeln will. Die Armen verlieren und die Krämer gewinnen. Laissez nous faire, sagten die Kaufleute zu Louis XIV. — Am schlimmsten aber ist es, wenn den Kaufleuten, Krämern, Händlern, Fleischern, Bäckern und Schänkern zu Gefallen oder aus Mißverständniß in den Städten Dinge vom Stadtbücher ausgeschrieben werden, welche weit über das Gesetz hinausgehen und bei der unwissenden Menge Angst und Besorgniß verbreiten. Wozu überhaupt noch eine Gewohnheit beibehalten, die unsrer Zeit ganz unangemessen ist? — nicht zu gedenken, daß den Ausfuhrer während des Ausschreibens Niemand versteht und jedermann erst fragen muß, was er ausgerufen habe. Jede Stadt, welche die Städteordnung hat, muß auch Bürger haben, welche die Bekanntmachungen der Behörden lesen können! Kommt ein außerordentlicher Fall vor, so mag man einen besonderen Abdruck veranstalten und ihn den Interessenten übersenden. Das Ausrufen ist jedenfalls das schlechteste Mittel, welches zum Zwecke einer Bekanntmachung gefunden werden kann.

* Aus dem Schildberger Kreise, den 7. Januar. Heute haben sich die Geschworenen zur Bildung des Schwurgerichts nach Ostrowo begeben. Bedeutende Sachen liegen für die diesmalige Sitzung vor.

7 Bromberg, den 10. Jan. Der hier für die zweite Kammer gewählte Medizinalrath Dr. Behn ist bereits heute an den Ort sei-

ner Bestimmung abgereist. Wieder aber fehlt unserem Wahlbezirk eine Stelle in der ersten Kammer, welche durch das Ausschreiben des zum Oberstleutnant avancirten Commandeurs des 1ten Regiments von Döberg erledigt ist. Ob die Wiederwahl noch bei der voraus-sichtlich nur noch kurzen Sitzungsperiode der 1. Kammer stattfinden wird, wird von mehreren Seiten bezweifelt. Die Wahl nach Erfurt wird wohl nirgends so lau aufgenommen, als in unserer Stadt und in dieser ganzen Gegend. In den ländlichen Bezirken reduziert sich übrigens die Anzahl der Wähler auf etwa die Hälfte der früheren, indem z. B. fast alle Knechte und viele Einlieger durch die Bestimmung, daß sie 3 Jahre im Wahlbezirk gewohnt haben müssen, davon ausgeschlossen werden, andre wieder ihres Rechtes verlustig gehen, indem sie noch mit der letzten Steuer-Rate im Rückstande sind. Die Polen werden übrigens alle nicht wählen, auch die Demokraten sind der Ansicht, daß sie durch eine Wahl den Beschlüssen der Erfurter Versammlung, die gewiß das Preussische octroyirte Wahlgesetz gutheißen werde, ihre Billigung ertheilen würden.

Veranm. Redacteur: C. G. H. Violet.

Ungekommene Fremde.

Vom 12. Januar.

Paul's Hôtel de Rome: Gutsb. Lichtwald a. Bednorb; Postfkr. Volldi a. Schwerin a. B.; die Kauf. Kayser a. Berlin; Ostwald a. Königsberg; Alexander a. Danzig; Neumann a. Königsberg in Pr. u. Linan a. Frankfurt a. O.
Bazar: Gutsb. Niedzwiedzki a. Slupia; Eigenth. Magdzinski a. Samositzel; Pächter Karczewski a. Kempa; Gutsb. Zwardowski a. Bystrowe.
Hôtel de Bavière: Partik. Kronhardi a. Breslau; die Gutsb. v. Kallstein a. Soluchowo; v. Karzinski a. Splawie; die Gentlemans Bignoles, Simons und Howard a. London.
Schwarzer Adler: Gutsb. Bandelow a. Latalice; Birtsch-Kommiss. Alchynski a. Zurew; Gutsb. v. Borowiecki a. Rospentek.
Hôtel de Vienne: Gutsb. v. Szoldreki a. Golembin.
Goldene Gans: Gutsb. v. Kner a. Gutow.
Hôtel de Berlin: Fräul. Botrich a. Thorn; Oberförster Bektke a. Racot; Gutsb. Baron v. Lühow a. Mür. Gölfin.
Hôtel de Hambourg: Bürger Sokolnicki a. Großdorf.
Große Eiche: Die Gutsb. Samoszewski a. Ustaszewo u. Lubinski a. Wola; Pächter Waszkowski a. Prudzewo.

Druck und Verlag von W. Deker & Comp. in Posen.

Stadt-Theater in Posen.

Sonntag den 13. Januar (neu einstudirt): Die falsche Prima-Donna, oder: Madame Catalani in Krähwinkel; Posse mit Gesang in 3 Akten von Bäuerle.

Besezung. Herr Niklas Staar, Bürgermeister und Obersteuerrichter in Krähwinkel: Hr. Karsten; Albertine, seine Braut: Fräul. v. Nagmer; der Vice-Waifenamts-Vorsteher, sein Bruder: Hr. Bursche; der Kunkelrüben-Commissions-Inspector Sperling, Dichter und Direktor des gelehrten Klubs auf dem Kaffeebaue zu Krähwinkel: Hr. Pfuntner; Kummelpuff, Stadtkommandant über 8 Mann und Fahnenjunker: G. Vogt; der Zeitungsschreiber Pfiffspitz: Hr. Schunke; der Schulmeister Gansleber: Hr. Fischer; Hannchen, seine Tochter: Fräul. Clausius; der erste Rathsherr in Krähwinkel: Hr. Reinitz; der Apotheker und 2. Rathsherr das.: Hr. Gwald; Klaus, Rathsbienner u. geb. Rathshaus-Schlüsselbewahrer: Hr. Valentin; die Kaffeelederin zum hölzernen Kessel: Frau Karsten; Värchen, ihre Tochter: Fräul. Pustorff; Lustig, Schauspieler (erscheint als Catalani): *** Hr. Gademann; Rätshen Gutsmutz, seine Schweser: Fräul. Graff; Friz und Franz; Walther, zwei Fremde: die H. H. Hanisch und Marks; Aron, ein Jude: Hr. Bauer; Jean, Friseur v. Krähwinkel: Hr. Heine; der Nachtwächter: Hr. Friz. — Mehrere Rathsherren und Vettern des Starischen Hauses. — Musikanten, Stadtsoldaten, Kinder, Volk.

Die Verlobung ihrer Nichte, Marie Pusch, mit dem Gymnasiallehrer Herrn Carl Liesler in Posen zeigen ganz ergebenst an

C. Senftleben und Frau.

Rawicz, den 6. Januar 1850.

Ein ungewöhnlich erschütterndes Unglück hat die hiesige Gegend getroffen.

Eisstopfung im Strombett der Oder und hohe Fluth trieb bei Züchen, Gubrauer Kreises, am 23. December pr. das Eis manns hoch auf den Damm, durchbrach denselben etwa dreihundert Schritt lang, riß das Dominial-Vorwerk bis auf ein Gebäude und mehrere Gebäude des Dorfes nieder, ertränkte in Trümmen über 100 Stück des besten Rindviehs, in Waldborwerk gegen dreihundert Schafe und überschwemmte sechs Dörfer gänzlich, 10 Dörfer zum Theil; die Feldmarken über und über, im Betrage von etwa 16,000 Morgen und mehr.

Waren auch viele Einwohner mit ihrem Vieh vorher gestrichet, so verließen doch einzelne auf dem Damm im Freien, die meisten auf Böden und in einzelne Häuser zusammengebrängt mehrere Tage und Nächte, nicht sicher wegen Einsturz des Zufluchtsortes.

Zweitausend dreihundert Seelen sind am Anfang des Winters dadurch ihrer Vorräthe meist beraubt, Schornsteine und Wände der im Wasser und Eis befindlichen Häuser stürzen ein, fast alle werden umgebaut oder bedeutend reparirt werden müssen. Sind auch die Unglücklichen und Bedrängten für's erste nothdürftig untergebracht und hat sich thätige Theilnahme der Umgebend löblich bewährt beim Beginnen der Noth, so reichen doch die nächsten Kräfte durchaus nicht hin, so große Anzahl zu ernähren, wieder in haltungsfähigen Zustand zu bringen, und ist keine Aussicht vorhanden, daß Wohnungen im Winter brauchbar werden.

Mit Vertrauen auf Gott und edle Theilnahme auch in der Ferne, erlaubt sich das unterzeichnete

Comitee an alle Menschenfreunde die dringende Bitte um baare Beiträge zur Linderung des Elends.

Segen möge einem Jeden auch für die kleinste Gabe erblühen!

Der Herr Ober-Präsident von Schleinitz hat nach persönlicher Anwesenheit die Bewirkung der Portofreiheit für Geldsendungen in Aussicht gestellt. Milde Geber und einflussreiche Männer, welche in ihrer Nähe etwa Sammlungen veranstalten, — wer den geben die Beiträge an den Königl. Kreis-Steuer-Einnehmer Herrn Klemm in Gubrau unmittelbar, oder durch die Expedition dieses Blattes geneigt zu überweisen. Ueber gewissenhafte Verwendung wird sich das unterzeichnete Comitee ausweisen und mit gerührter tiefgefühlter Dankbarkeit für jeden Wohlthäter Segen von Oben auch im Namen der Unglücklichen ertheilen.

Gubrau, den 2. Januar 1850.

Das Kreis-Comitee:

Vauch, Bürgermeister in Herrstadt. Becker, Kreis-Taxator in Kainzen. Dietrich, Bürgerm. in Gubrau. v. Bülzingsloewen, Hauptmann a. D. auf Nabrten. Feige, Superint. in Herrstadt. v. Frankenberg-Ludwigsdorf, Wirklicher Geh. Rath auf Nieder-Schüttlau, Frank. Landes-Alttestator auf Wilkoline. Günther, Kreis-Taxator in Oderbelsch. Klemm, Kreis-Steuer-Einnehmer in Gubrau. v. Köckerik, Landrath und Landes-Alttestator auf Mechau. Kummer, Kreis-Sekretair und Lieutenant a. D. in Gubrau. Liebeherr, Stadtverordneten-Vorsteher in Gubrau. Mandel, Rittergutsbesitzer auf Klein-Bierewitz. v. Schoenitz, Major a. D. und Landes-Alttestator auf Klein-Kloben.

Indem wir die vorstehende Aufforderung zu milden Gaben hier mittheilen und die Nothwendigkeit einer Beihilfe jedem dringend ans Herz legen, erklären wir uns zur Annahme und Beförderung milder Gaben gern bereit. Auch die Deckersche Hofbuchdruckerei wird dergleichen Gaben gern sammeln.

Posen, den 12. Januar 1850.

v. Brünnek. v. Benrmann. Kries. Naumann. Vieselseld. Buttendorff. v. Steinacker. Dr. Klee.

Nothwendiger Verkauf.

Die den Andreas v. Rybarski'schen Eheleuten gehörigen, im Dorfe Pakowo im Inowracauer Kreise belegenen bäuerlichen Grundstücke No. 1. und 14., ersteres auf 6272 Rthlr., letzteres auf 1132 Rthlr. 20 Sgr. abgeschrieben, zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einkommenden Taxe, sollen am 15ten Februar 1850 an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Inowracaw, den 29 Juni 1849.

Königl. Kreisgericht. I. Abth.

Die Porcellan- und Glas-Auktion im Gewölbe Markt No. 85., wird Montag den 14., Dienstag den 15. und Mittwoch den 16. Januar fortgesetzt und an letzterem Tage geschlossen. Aufschuß.

In meiner Kanzlei kann ein, für die erste Stelle geeigneter, beider Landessprachen kundiger Schreiber vom 1. Februar d. J. an eine Anstellung finden. Guberian, Justizrath und Rechtsanwält.

Ein Knabe rechtlicher Eltern, welcher Polnisch und Deutsch spricht und die Uhrmacherkunst erlernen will, kann bei mir sofort ein Unterkommen finden. G. Hübler, Uhrmacher.

Es wird in ein Material-Geschäft ein brauchbares gewandtes Mädchen, die ebenfalls darin schon beschäftigt war, vom 1. April c. ab gesucht. Näheres darüber bei

V. T a b u l s k i,

Posen, Breslauerstraße No. 11.

Da durch den neuen Lotterie-Plan der Begehr nach Loosen verstärkt worden, so ersuche ich diejenigen Spieler, welche sich Loose reserviren ließen, solche des Baldigsten abzuholen, indem bei dem geringen Vorrath nicht für die zurückgelegten Loose garantirt werden kann.

Der Ober-Einnehmer L. Pulvermacher, Markt 79.

Es sind sogleich zwei nebeneinander liegende möblirte und ein nicht möblirtes Zimmer zu vermieten bei Herrn Lambert im Odeum.

Graben No. 33. ist eine Bäckerei und Bohnelag, nebst zwei dazu gehörigen Gärten, von Ostern 1850 ab zu vermieten.

Bekanntmachung.

Um mich in Rubeland zu setzen, beabsichtige ich, mein hieselbst belegenes Grundstück No. 157., bestehend aus einem Wohnhause, einem großen Obstgarten nebst einer gut eingerichteten Färberei — die ich durch 34 Jahre mit dem besten Erfolge betrieben habe — mit allen dazu gehörigen Geräthschaften, unter annehmbaren Bedingungen, aus freier Hand zu verkaufen. Kauflustige wollen sich wegen der näheren Bedingungen an mich persönlich, oder durch portofreie Briefe wenden.

Gräß, den 10. Januar 1850.

Wilhelm Schulz, Färbermeister.

Erweiterung meines Buchbinder- und Galanterie-Geschäfts.

Aufgemuntert durch die vielseitigen Aufträge, womit ein hohes Publikum mich namentlich im vorigen Jahre beehrte, habe ich mein Geschäft in diesem Jahre in der Art erweitert, daß ich nunmehr allen Anforderungen in Buchbinder- und Galanterie-Arbeiten sofort zu genügen im Stande bin. Indem ich meine verehrten Gönner hiervon in Kenntniß zu setzen mir erlaube, bitte ich um deren ferneres gütiges Vertrauen, welches durch prompte Ablieferung guter und dauerhafter Arbeit zu den möglichst billigen Preisen zu erhalten ich mir zur strengsten Pflicht gemacht habe.

T. Zychlinski,

Buchbinder u. Galanteriearbeiter, Friedrichsstr. 28.

Beachtenswerth für Damen.

Einem geehrten Publikum und meinen Kunden die ergebene Anzeige, daß ich wiederum Stroß-, Vordüren- und Reißstroß-Hüte zum Waschen und Modernisiren nach der vorzüglichsten Fabrik befördere; und obgleich meine geehrten Kunden überzeugt sind, daß die mir zum Waschen übergebenen Hüte ganz ihre Neuheit wieder erhalten, kann in meiner Handlung schon jetzt eine Probe derselben vorgezeigt werden.

M. Ekan, früher Gluck.

Schloßstraße No. 5. im Korzeniewskischen Hause.

Rechten Champagner

für Rechnung eines auswärtigen Hauses, von vorzüglich schöner Qualität, offerirt in Duzend und halben Duzend Flaschen, à 1½ Thaler die Flasche, per comptant

Posen.

Jac. Träger.

Ich wohne jetzt Bäckersstraße Nr. 10.

Eduard Jecnicke, Boniteur und gerichtlicher Taxator.

Stroß-, Vordüren-, so wie Koffhaar-Hüte werden bereits angenommen zur Beforgung der Wäsche und Modernisiren von M. Better & Comp.

Rechte Hamburger Cigarren

empfiehlt M. Cohn, Friseur, Neufstraße 5.

Zum Mittagstisch im Abonnement pro Monat 6 Rthlr. ladet ergebenst ein

Serlach, Wilhelmstraße No. 15.

Stettiner Bairisch Bier, die Tonne von 120 Quart à 7½ Thlr., die ½ Tonne à 28 Sgr. 6 Pf., und die ¼ Flasche 1 Sgr. empfiehlt

G. Busch, Friedrichs-Strasse No. 25.

Odeum.

Heute Sonntag den 13. Januar:

Großes Concert,

unter Leitung des Kapellmeisters Hrn. Winter. Gröfning ½ 6, Anfang 6 Uhr Abends.

J. Lambert.

Bekanntmachung.

In dem Lokale des Herrn Kantrawik auf dem alten Markt No. 89. der alten Kaargegenüber, sind die abgerichteten Kanarienvögel, die Indianerin und der Albinos nur noch einige Tage zur Schau gestellt mit herabgesetzten Preisen: Erster Platz 2½ Sgr., zweiter Platz 1 Sgr. 3 Pf. Schaustellung von Morgens 10 Uhr bis Abends 8 Uhr. C. Kaiser a. Magdeburg.

In der Nacht vom 10. zum 11. d. Mts. ist eine schwarze Thytet-Mantille, wattirt, mit schwarzem Marcellin gefüttert, in der Form eines dreieckigen Tuches, von der Post bei Laut's Hôtel de Rome vorbei bis zur Berliner Straße verloren gegangen. Man bittet den ehrlichen Finder, dieselbe Berliner Straße No. 13 2 Treppen hoch bei Fräulein Rozłowska abzugeben und 1 Thlr. 15 Sgr. als Vergütung zu empfangen.

200 Thaler Belohnung.

Nachstehende 3½ proc Posener Pfandbriefe nebst Coupons sind mir in der Nacht vom 5. bis 6. November 1848 entwendet worden: 1000 Rthlr. No. 9/2261. Bialofosj und Stokracowo; 1000 Rthlr. No. 10/2164. Bialofosj; 40 Rthlr. No. 48/3815 Grabowo; 20 Rthlr. No. 63/3042. Grabowo; 20 Rthlr. No. 37/2476. Poflatti; 500 Rthlr. No. 35/3008. Slawno; 100 Rthlr. No. 137/4249 Dakow; 200 Rthlr. No. 29/2145. Rusiborz; 20 Rthlr. No. 72/2757. Wiatrowo. Ferner: zwei Polnische Schatzobligationen über 100 Silberrubel No. 1,003,557. und 109,612. Da vor einigen Tagen die Coupons der Pfandbriefe Grabowo No. 63/3042. und Poflatti No. 37/2476. zum Vorschein gekommen sind, die nach dem jetzigen Ausgange zu schließen lange Zeit in der Erde gelegen haben müssen, so sichere ich obige Belohnung Demjenigen zu, der mir solche Mittel an die Hand giebt, wodurch ich in Besitz der mir entwendeten Papiere wieder gelange.

Stern, Maurermeister.